

# KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für  
Rostock und den Landkreis Rostock

# DIE LINKE.

Nr. 279 - 31. Jahrgang

MAI 2023

Spendenbeitrag 50 Cent

## DIE LINKE GLAUBT AN SICH

**Im schönen Bergen auf Rügen fand am 13. Mai die 2. Tagung des 8. Landesparteitages statt. Der Blick richtete sich auf die Wahlen im kommenden Jahr.**

Der Parteitag begann mit der Vorstellung der Feministischen Kommission der LINKEN. Diese Prioritätensetzung war nicht unumstritten – sollten nicht vielmehr Krise und weiterer Kurs der Partei im Vordergrund der Debatten stehen? So kurz ist das Gedächtnis manchmal, denn sexistische Grenzüberschreitungen und der Umgang mit ihnen hatten noch im vergangenen Jahr die Krise der Partei weiter verschärft, z.B. durch Parteiaustritte. Der Handlungsbedarf war und ist immer noch groß. Es wurde ein Prozess eingeleitet, der dauerhaft Empathie für das Problem sowie Strukturen zum Umgang mit Vorfällen schaffen soll. Es gibt nun Vertrauensgruppe (vertrauensgruppe@die-linke.de) und Expert\*innenkommission, an die sich



Betroffene wenden können. Ein Leitfaden für den Umgang mit Grenzüberschreitungen wird erarbeitet. Was können wir vor Ort tun? Wir können im Kreisverband Diskussionsabende organisieren, aber auch

an Feministischen Bildungswochenenden teilnehmen.

Die Co-Landesvorsitzende Vanessa Müller gab in ihrer Rede dann die Richtung des Parteitages vor. Die kommenden Kom-

munal- und Europawahlen wollen wir erfolgreich bestreiten. DIE LINKE regiert in Mecklenburg-Vorpommern mit. Wir tun dies auf Augenhöhe mit der SPD, es ist ein kompetentes Regieren ohne öffentliche

Auseinandersetzungen, so Vanessa. Diese Einschätzung war in Bergen immer wieder zu hören. Vanessa grenzte sich mit einem Plädoyer für eine humane Flüchtlingspolitik aber auch vom Koalitionspartner SPD ab und erhielt dafür starken Applaus.

Vanessa dankte allen Mitgliedern für ihr Engagement in einer für die Partei nicht einfachen Zeit. An unseren Erfolgen müssen wir uns aufrichten. In Bergen wurde so oft an Evas Wahlsieg in Rostock erinnert, dass deutlich wurde, wie sehr ihr Wahlsieg über Rostock und M-V hinaus strahlte.

*Fortsetzung auf S. 3*



## AKTUELLES

**Klare Grenzen statt Rosen auf dem Weg für rechte Gewalttäter**

*Zum Jahresbericht 2022 „Rechte Gewalt“ und der Vorstellung der Politisch Motivierten Kriminalität, erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag, Michael Noetzel: „Die Tendenz, die sowohl vom Bundesinnenministerium als auch vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ausgemacht wird, ist erschütternd und muss gestoppt werden. Politisch rechts motivierte Straftaten erreichen einen erneuten Höchststand. In einem Klima, in dem sich rassistische und*

antisemitische Positionen immer weiter verfestigen und normalisieren, sind rechte Gewalttäter wieder auf dem Vormarsch.

Nach Feststellung des Verbandes der Beratungsstellen, zu dem auch LOBBI als zuverlässige Anlaufstelle in Mecklenburg-Vorpommern gehört, ist insbesondere im Nordosten die Zahl der rassistischen und rechten Gewalttaten erheblich angestiegen. Somit tragen wir im Bundesland auch Verantwortung für den negativen Bundestrend. Alle demokratischen Kräfte und Institutionen sind aufgefordert, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen und rechten Hetzern und Brandstiftern Einhalt zu gebieten.

Während sich die Gewaltspirale immer weiter nach rechts dreht, debattiert die vermeintlich bürgerliche Mitte über den Ausbau Europas zu einer Festung – mit Mauern, Stacheldraht und Lagern vor den Toren der EU. In einer Zeit, in der auch Schutzsuchende vermehrt Angriffen ausgesetzt sind, soll offenbar die extreme Rechte mit Zugeständnissen besänftigt werden. Das ist ein falscher und gefährlicher Weg. Statt den Menschenfeinden von rechts Rosen auf den Weg zu streuen, brauchen wir eine klare Haltung und klare Grenzen gegen rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche Stimmungsmacher.“

**In dieser  
Ausgabe**

**Seite 2: Flüchtlinge schützen  
Seite 3/4: Landesparteitag  
Seite 4/5: Medienkompetenz  
Seite 5: Linke Bremen  
Seite 6/7: Bürgerschaft**

**Seite 8: Straßenbahn  
Seite 9: TRADI Sanitz  
Seite 10: Achter Mai  
Seite 11: Buchlesung  
Seite 12: Aus dem Bundestag**

## Liebe Leserinnen und Leser,

Manuela Schwesig auf der Titelseite! Ist das ein Zeichen für „Vereinigung und Unterordnung“, also für die Selbstaufgabe der LINKEN, wie es ein Genosse nach dem Parteitag formulierte? Oder betrachten wir es einfach mal aus dem Blickwinkel der Menschen im Land, die sich keine streitende Koalitionspartner wünschen, sondern gerade auch im Angesicht der ganzen Krisen eine harmonisch zusammenarbeitende Regierung, die das Land voranbringt und die von den Medien so geliebten Rituale des Parteienstreits links liegen lässt? Ungewöhnlich war der Auftritt von „Manu“ auf dem Landesparteitag in Bergen schon. Aber doch auch sehr souverän von uns, dass wir es nicht nötig haben, uns zwanghaft vom Koalitionspartner abzusetzen, sondern einfach Dinge aus dem Wahlpro-

gramm umsetzen, wie es einer 10%-Partei zusteht. Und die SPD in der Bundesregierung bleibt ja trotzdem Mist, so ähnlich wurde es in Bergen formuliert.

Über die SPD in Rostock sage ich mal nichts, außer dass sie bei der Kommunalwahl in einem Jahr eine harte Gegnerin sein wird. Wir werden noch viel über Kleingärten reden, das deutet sich im Bericht über die Bürgerschaft an, den Martin Raspe für Euch verfasst hat. Dafür danken wir ihm herzlich. Es ist keine leichte Aufgabe, eine Fünf-Stunden-Sitzung der Rostocker Bürgerschaft zusammenzufassen. Dagegen sind Landesparteitage reines Kinderspiel.

**Viel Vergnügen bei der Lektüre dieser Ausgabe und einen wunderbaren Sommer wünscht Euch die Redaktion.** Carsten Penzlin



Flüchtlinge schützen statt Zäune errichten!

*Zum Flüchtlingsgipfel erklären die Landesvorsitzenden der Partei DIE LINKE. M-V, Vanessa Müller und Peter Ritter:*

Wenn jetzt vor dem Flüchtlingsgipfel des Bundeskanzlers mit den Ministerpräsident:innen Stimmen laut werden, die fordern, Asylverfahren schon an den Außengrenzen der EU durchzuführen, sagen wir: Das ist der falsche Weg! Denn sollten diese Pläne Realität werden, erwarten die Menschen, die auf der Flucht sind, Mauern, Stacheldraht und Sicherheitspersonal. Wir teilen daher die Auffassung von Pro Asyl, dass das mit einem fairen, rechtsstaatlichen Vorgang nichts zu tun hat. Auch bezweifeln wir, dass das grundgesetzlich verankerte Recht auf Asyl damit noch gewahrt ist.

Wir erwarten daher, dass diesen Plänen auf dem Flüchtlingsgipfel eine Abfuhr erteilt wird. Stattdessen braucht es eine stärkere finanzielle Unterstützung des Bundes für Länder und Kommunen bei der Integration und Betreuung der bei uns Schutz suchenden Menschen. Es braucht zügige Zugänge zu Sprachkursen, schnellere Anerkennungsverfahren und bessere Integration in den Arbeitsmarkt. Und es braucht endlich eine konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen. Wer meint, dass mit Abschottung mehr Akzeptanz bei der Aufnahme von Flüchtlingen erreicht wird, irrt. Mauern haben noch nie Probleme gelöst.



## AKTUELLES

MV zählt 195 Einkommens-Millionäre

In Mecklenburg-Vorpommern steigt die Zahl der Einkommensmillionäre wieder. Das ist kein Grund zum Feiern. Hierzu erklärt die Landesvorsitzende Vanessa Müller: „Die Preise explodieren. Viele Menschen können sich Lebensmittel oder die nächste Stromrechnung nicht mehr leisten. Gleichzeitig meldet die deutsche Börse neue Rekorde. Reiche kaufen Immobilien und treiben fleißig die Mietpreise für Bürger:innen in die Höhe. Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten.“ Es ist an der Zeit eine gerechte Umverteilung vorzunehmen und eine Vermögenssteuer einzuführen, damit

alle Menschen etwas davon haben. Das ist sozial und gerecht.





## LANDESPARTEITAG

Fortsetzung von S. 1

Auch der Co-Parteivorsitzende Martin Schirdewan sparte in seiner Rede nicht mit Lob für unseren Landesverband, der geschlossen agiere und hervorragende Arbeit leiste, indem er den Gebrauchswert linker Politik unter Beweis stellt. Martins Rede legte den Schwerpunkt auf das Soziale. Scharf kritisierte er das Versagen der Bundesregierung in Sachen Kindergrundsicherung, während für Aufrüstung genügend Geld vorhanden sei. Er könne es nicht fassen, dass wir in Deutschland wieder über Ernährungsarmut sprechen müssten. Die herrschende Ungleichheit sei einer Demokratie unwürdig. Es gebe einen eiskalten Klassenkampf von oben statt einer Fortschrittskoalition. Das zeige sich auch beim Kampf gegen den Klimawandel. Anstatt die Reichen in die Pflicht zu nehmen, würden wieder die kleinen Leute belastet. Dagegen müsse DIE LINKE protestieren, vor allem auch in den vielen Bewegungen an der Seite der kleinen Leute. Es folgte eine dröge Podiumsdebatte über linke Europapolitik. Wenn wir die Menschen in dieser Frage erreichen wollen, liegt noch einige Arbeit vor uns.

Im Anschluss ein langer Block mit einer ersten positiven Bilanz der Regierungsarbeit in M-V.

Bildungsministerin Simone Oldenburg verwies auf die krisenbedingten schwierigen Umstände seit Regierungsbeginn. Keinen einzigen normalen Tag habe es gegeben, um so höher sei das Erreichte zu bewerten: Energiespar- und Klimaschutzgesetz, Härtefonds, Aufnahme von 22.000 Kriegsflüchtlings, Einstellung von 967 Lehrkräften in 2022 (so viel wie noch nie), Rettung der Sprachkitas, Abwendung von Schulschließungen, Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung ... Was wir immer gefordert haben, setzen wir jetzt um. Wir seien ständig im Land vor Ort, betonte Simone, und machten eine pragmatische, bodenständige Politik. Zwischen den Koalitionspartnern herrsche großes Vertrauen und eine reibungslose Zusammenarbeit, denn Meinungsverschiedenheiten würden intern geklärt.

Das bestätigte wenig später die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig höchstpersönlich. Sie lobte vor den Delegierten die konstruktive vertrauensvolle Zusammenarbeit im Sinne der Menschen. Besonders wichtig war es ihr zu betonen, dass Klimaschutzpolitik sozial sein müsse und nicht

mit der Brechstange durchgesetzt werden könne.

Um letzte Zweifel auszuräumen, betonte dann auch der Co-Landesvorsitzende Peter Ritter die angenehme Atmosphäre in der Zusammenarbeit mit der SPD. Damit wir aber das eigene Profil nicht verlieren, stellte der Landesvorstand „Kommunalpolitische Leitlinien“ vor, die vom Parteitag einstimmig verabschiedet wurden. Vier Schwerpunkte gibt es hier: Lebenswerte Kommunen für Alt und Jung, Stärkung der Frauen in der Kommunalpolitik, gute Finanzausstattung der Kommunen, ökologische und nachhaltige Politik.

Klimapolitik wollen wir also nicht vernachlässigen. Dafür sorgt schon das unermüdl-



Rostocker Delegierte + Gäste

che und lobenswerte Engagement der LAG Ökologische Plattform (eine der wenigen aktiven LAGn). Ihr wichtigster Antrag wurde aber an den Landesvorstand überwiesen. Er muss klären, welchen Stellenwert der Klimaschutz für unsere Politik haben soll. Der Landesparteitag sollte beschließen, dass dem Klimaschutz und dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor allen anderen Politikzielen eingeräumt werden müsse. Eine Mehrheit hätte es dafür wohl nicht gegeben, weil die soziale Frage für DIE LINKE weiter an erster Stelle stehen sollte.

Sind wir als Partei gut für die kommenden Wahlkämpfe gerüstet? Simone Oldenburg ließ es sich nicht nehmen, auch den Zustand der LINKEN zu analysieren. Sie warnte vor Spaltung und Ausgrenzung, forderte ein Zusammenstehen – jetzt erst recht. Wir sollten mit unseren Erfolgen werben.

In die gleiche Kerbe schlug z.B. auch der Landtagsabgeordnete Christian Albrecht, der von seiner Partei forderte, in Krisen mit Zuversicht voranzugehen. Wir müssten aber auch lernen, uns besser zu verkaufen. Karen Larisch forderte, das von uns in der Kommunalpolitik Erreichte besser herauszustellen. Felix Baumert aus Rostock verwies auf linke Wahlerfolge (auch in Österreich) und sieht das Erfolgsrezept in einer Betonung der lokalen Alltagsthemen. Wir müssen mit den Menschen ins Gespräch kommen, z.B. bei Marktgesprächen, um zu erfahren, was die Menschen beschäftigen. Daran sollten sich laut Felix unsere Wahlprogramme ausrichten. In eine ähnliche Richtung zielte Dietmar Bartsch, als

er in seinem kurzen Redebeitrag die Bremer Genoss\*innen für ihre pragmatische unaufgeregte Arbeit lobte. Über die Arbeit der Bundestagsfraktion wollte deren Co-Vorsitzender aber lieber nicht sprechen. Wie andere vor ihm warnte er vor einer Spaltung der Partei. Fakt ist, dass auch in unserem Landesverband nicht wenige Genoss\*innen die Partei aus politischen Gründen verlassen haben – übrigens sind damit auch erhebliche finanzielle Einbußen für die Partei verbunden.

Der Ukrainekrieg beschäftigt viele Mitglieder, was schließlich im Rahmen der Generaldebatte in einigen Beiträgen zum Ausdruck kam. Martin Schirdewan hatte zuvor Verständnis für die Diskussionen innerhalb der Partei geäußert, diese sollten aber auf der Basis eines gemeinsamen Grundverständnisses geführt werden. Russlands Armee müsse sich aus der Ukraine zurückziehen, es sollte stärker nach diplomatischen Lösungen gesucht werden, Waffenlieferungen lehnen wir ab. Streit hierüber sollten wir intern klären und dann geschlossen nach außen auftreten. Eigentlich haben ja die letzten Bundes- und Landesparteitage sowie der Parteivorstand eine klare Haltung zum Krieg formuliert. Aber es gärt doch in der Partei. Margit Glasow, einziges PV-Mitglied aus M-V, stellte den Beschluss des Bundesparteitages in Frage, denn dieser sei ja knapp ausgefallen (58 zu 42%). Man solle also weiter diskutieren, bis man einen gemeinsamen Nenner gefunden hat. Das Ziel ist, so ließ Margit durchblicken, auf dem Europaparteitag im November einen anderen Beschluss herbeizuführen, der sich stärker am Erfurter Programm von 2011 orientiert.

Fortsetzung auf S. 4

## LANDESPARTEITAG

Fortsetzung von S. 3

Mein Eindruck: Eine weitere zermürbende Selbstbeschäftigung anstatt der Orientierung auf die Lebenswirklichkeit und die sozialen Bedürfnisse unserer Wählerklientel ist also vorprogrammiert. Beim Blick auf aktuelle Umfragen sollten eigentlich auch Mitglieder des Parteivorstandes begreifen, wie sehr uns das schadet. Dann brauchen wir zur Europawahl gar nicht erst antreten. Was ist eigentlich so schlecht an unseren Beschlüssen zum Frieden, dass man sie ständig in Frage stellen muss? Das kann so genau eigentlich niemand sagen. Abweichende Meinungen sind ja erlaubt, aber man muss doch nicht immer glauben, dass man sie zu einer Mehrheitsmeinung machen kann, wenn man nur lange genug den Streit sucht.

Auch Lajos Orban aus Rostock sprach zum Thema Ukrainekrieg. Von einem nicht zu kittenden Riss durch die Linkspartei sprach er, wenn es um die Bewertung des Krieges gehe. Die eine Seite unterstütze die Erzählung der herrschenden Kaste, dass Putin mit dem Überfall sein „Zarenreich“ erweitern wolle; die

andere Seite betone die Vernachlässigung der russischen Sicherheitsinteressen. Der Meinungskorridor in der LINKEN sei



zu stark verengt. Jede Stimme gegen den Krieg sei zu unterstützen. Eine richtige Debatte zum Thema ergab

sich nicht mehr, denn der Parteitag war am Ende angelangt.

Eine Spaltung der Partei lag in den sachlich geführten Debatten des Landesparteitages wirklich nicht in der Luft. Was gab es nicht für hitzige Diskussionen in den Jahren der ersten Regierungsbeteiligung der PDS (1998-2006)? Davon ist nichts geblieben. Das ist aber keine Friedhofsruhe, sondern vielmehr Ausdruck eines ausgeprägten Verantwortungsbewusstseins. In dieser für DIE LINKE so schwierigen Zeit kann unser Landesverband ein Stabilitätsanker sein, genauso wie die Landesverbände in Thüringen, Bremen, Berlin und anderswo. Daran hat auch unser Landesvorstand Anteil, der sachlich, konstruktiv und produktiv arbeitet.

DIE LINKE hat eine Zukunft, wenn sie sich nicht in ideologischen Debatten aufreibt, sondern Pluralität im Innern akzeptiert und nach außen das Gemeinsame in den Vordergrund stellt, um Politik für die Menschen zu machen. Das sollte doch wieder möglich sein.

Carsten Penzlin

# DEBATTE

## DIE WAHRHEIT STIRBT NUR, WENN WIR ES ZULASSEN

Im Zeitalter des Web 2.0 war es noch nie einfacher, mit Primärquellen zu arbeiten, statt sich nur auf Sekundärquellen verlassen zu müssen. Der russische Expansionskrieg gegen die Ukraine ist der erste, der beinahe minutiös auf sozialen Medien dokumentiert wird. Nicht alle, aber sehr viele Aussagen und Berichte lassen sich dadurch erstmals unabhängig überprüfen. Trotzdem verlassen sich einige Genoss\*innen einseitig auf (oft) russische, unbelegte oder unbelegbare Narrative. Aber was ist daran eigentlich problematisch und was kann man dagegen tun?

Es ist nicht per se falsch, Medien außerhalb der Mehrheitsmeinungen zu konsumieren, solange man ihnen gegenüber genauso kritisch wie gegenüber den „konventionellen“ Medien ist. Was man stattdessen in Teilen dieser Partei erlebt, ist ein vollkommen unkritischer Umgang mit russischen, staatlichen Medien wie RT oder TASS. Narrative werden eins zu eins, Wort für Wort übernommen, solange sie das eigene Weltbild stützen, völlig unabhängig davon, wie es um die Evidenz dieser

Aussagen bestellt ist. Gleichzeitig sind alle Medien, die bspw. auf russische Kriegsverbrechen aufmerksam machen, die „gleichgeschalteten Westmedien“, die sowieso nur lügen würden. Solche Aussagen findet man in unseren Reihen leider tatsächlich. Ich halte das für äußerst gefährlich. Es ist doch völlig egal, wer innerhalb des demokratischen Spektrums etwas schreibt, solange die Aussagen 1. überprüfbar sind und 2. der Realität entsprechen. Ein Beispiel: Wenn RT titelt, Annalena Baerbock hätte während einer Pressekonferenz gesagt, sie wolle offensiv Politik „vorbei an den deutschen Wähler\*innen“ machen, die ihr „egal“ seien, dann klingt das erst einmal unfassbar. Ist es auch, denn das Zitat hat es so nie gegeben und man kann dies auch ganz einfach herausfinden, indem man sich die originale Konferenz ansieht, denn diese ist online frei verfügbar. Man kann sich unabhängig informieren, man muss es nur wollen, und genau hier liegt oftmals das Problem.

Als ich auf eine ähnliche Desinformation aufmerksam machte, deren hiesiger Ur-

sprung anscheinend der „Rotfuchs“ war, wurde mir wenig später teils öffentlich vorgeworfen, ich würde dadurch die Bundesregierung bzw. die herrschende Klasse unterstützen; mir wurde indirekt sogar das Linkssein abgesprochen. Klassiker! Doch ist das nun wirklich unser Anspruch? Die Demokratie und Zivilgesellschaft gefährden, indem Desinformationen nicht nur verbreitet, sondern teils sogar aktiv gestreut werden? Ich hoffe nicht – denn eine Partei, die sich solcher Methoden aktiv bedient, verliert augenblicklich ihre Glaubwürdigkeit.

Es gibt dabei so viele, gute Gründe, diese Bundesregierung vor uns her zu treiben und oftmals macht DIE LINKE genau dies bereits. Das Verfehlen der Klimaziele und die de-facto Abkehr von der 1,5°-Grenze. Das Stützen des menschenunwürdigen Hartz-IV-Systems unter neuem Label. 100 Mrd. € für die Bundeswehr, während überall Notstände herrschen. Die Liste ist lang. Doch sogenannte „info wars“ (Informationskriege) sind Methoden, die wir uns niemals zu Eigen machen dürfen. Nicht



zuletzt, weil es eine kritische, zivile Öffentlichkeit gibt, die sich der Bekämpfung von Desinformation widmet und solche Praktiken konsequent anprangert. International erweckte Bellingcat mehrfach Aufmerksamkeit, u.a. durch Nachweise, dass Russland sowohl hinter dem MH17-Abschuss, dem „Tiergartenmord“ als auch der Vergiftung Alexei Nawalyns steckt. Im deutschsprachigen Raum sind zum Beispiel Correctiv ([gleft.de/59P](https://gleft.de/59P)) oder Volksverpetzer zu nennen. Letztere be-

schäftigten sich jüngst übrigens mit dem aktuellen Erkenntnisstand zu den Nord-Stream-Sabotagen ([gleft.de/59H](https://gleft.de/59H)). Solche Kollektive und Portale übernehmen die oft mühsame Recherchearbeit und bereiten die Erkenntnisse transparent, nachvollziehbar und oft beinahe akademisch präzise auf. Wer ihnen nicht vertraut, bekommt alle Werkzeuge an die Hand gegeben, um sich selbst ein Bild zu machen. Das „nd“ verfasste am 19.04.2022 einen Kommentar unter der Überschrift „Wer

den Frieden will, bekämpft Falschmeldungen“ ([gleft.de/59w](https://gleft.de/59w)). Darin steht: „Angeblich stirbt im Krieg die Wahrheit zuerst. Doch das tut sie nur, wenn wir es zulassen. Wenn uns Propaganda überzeugt, dass es keine objektive Wahrheit mehr gibt, können Soldaten schlimmste Kriegsverbrechen folgenlos begehen.“ Das dürfen wir nicht zulassen. Und ich hoffe inständig, dass wir es auch nicht werden.

Nic Scharlau (Rostock-Südstadt)

## ◀ AKTUELLES

# LINKE BREMEN ZEIGT, WIE ES GEHEN KANN

Zum Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Bremen und Bremerhaven erklären die Mitglieder des Netzwerks Progressive Linke Thomas Nord und Christoph Spehr (Landessprecher der LINKEN in Bremen): Für DIE LINKE ist das Ergebnis wichtig und kann ermutigen. Auch die Berlin-Wahl hat gezeigt, dass sich DIE LINKE mit stadtpo-

gative zum Teil katastrophale Botschaften. Und so ist leider auch das Ergebnis der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein ein deutliches Zeichen dafür, dass selbst das hoch engagierte und motivierte Wirken der wenigen Genoss:innen vor Ort kaum in der Lage ist, die verheerende Außendarstellung der Partei vor Ort noch zu kompensieren.

DIE LINKE Bremen zeigt nun, dass es möglich ist, auch unter den widrigen bundespolitischen Rahmenbedingungen nicht nur Niederlagen zu vermeiden, sondern sogar erfolgreich zu sein. Und das ganz ohne Spaltungsversuche, ohne nebulöse Ankündigungen zu Parteineugründungen, ohne Versuche der Nötigung, einer ganzen Partei seinen Willen aufzwingen zu wollen. Stattdessen: Ein klares Programm für Bremen, erarbeitet und vertreten von Leuten, die in der Gesellschaft ernstgenommen und von vielen akzeptiert werden. So geht linke Politik, die diesen Namen verdient. Die Gesamtpartei kann von der Bremer LINKE so manches lernen:

- Klare und gemeinsam getragene Botschaften, kein Geschwurbel oder irrlichternde Öffnung nach rechts. Dafür ein klar erkennbares sozialpolitisches Profil und (was bei der LINKEN nicht selbstverständlich ist) Anerkennung für wirtschaftspolitische Ideen und Kompetenz, dies getragen von weithin anerkannten Senatorinnen und vielen kompetenten weiteren Aktivist:innen der Landespartei.

- Die Bremer LINKE hat – anders als z.B. die Bundestagsfraktion – klare und eindeutige linke Positionen zu allen gesellschaftspolitischen Großkonflikten der letzten Jahre bezogen. Eine solidarische Grundhaltung gegenüber Flüchtlingen gehört dazu genauso wie eine aufklärerische und solidarische Coronapolitik, eine eindeutig solidarische Haltung gegenüber der von Russland völkerrechtswidrig angegriffenen Ukraine und eine klare Haltung zum Kampf gegen die Klimakrise.

- Damit unterschied sich der Landesver-

band öffentlich erkennbar von der desaströsen Beliebigkeit der Bundespartei und hat das zur erfolgreichen Headline des Wahlkampfes gemacht: „#dasneuerot“.

- Die Bereitschaft, mit anderen Parteien um eine solidarische und progressive Politik zu ringen und diese auch in Regierungsverantwortung prinzipienfest und ideenreich umzusetzen, ohne dabei die eigene Rolle aus dem Blick zu verlieren, hat nachweislich Wähler:innen überzeugt und motiviert, DIE LINKE in Bremen zu wählen. Oder im Fazit: „DAMIT AUS MITTE-LINKS – NICHT NUR MITTE WIRD“ – eine erfolgreiche linke Regierungspolitik, die den Gebrauchswert der Partei für die Bürger:innen erfahrbar und verteidigungswert macht.

Jetzt gilt es für die Gesamtpartei, aus diesem Ergebnis zu lernen und es in der eigenen Politik erkennbar aufzunehmen und umzusetzen. Nach der Wahl in Bremen sagen wir als Netzwerk progressive Linke: Dieses politische Agieren kann – nun nachgewiesener Weise – die Partei insgesamt aus ihrer derzeitigen Krise und möglicherweise sogar auf eine Erfolgsspur zurückführen.

Wir als Netzwerk Progressive Linke werben dafür, dies endlich anzuerkennen und entsprechend zu handeln.



litischer Eigenständigkeit und politischem Selbstbewusstsein erfolgreich bei Landtagswahlen behaupten kann. Beide Wahlen, Berlin und Bremen, sind aber mit großer Distanz zur Bundespartei gewonnen worden. Beide Landesverbände konnten aus ihrer praktischen Regierungsarbeit das Vertrauen schaffen, dass man bei der LINKEN weiß, woran man ist. Den meisten Landesverbänden steht diese Möglichkeit nicht zur Verfügung. Sie sind darauf angewiesen, dass die Bundespartei und die Bundesfraktion dieses Vertrauen schaffen. Genau daran fehlt es seit Langem. DIE LINKE ist noch lange nicht wieder auf der Erfolgsspur.

In seinem Gründungsauftrag hat das Netzwerk Progressive Linke die Frage gestellt, ob es mit dem gegebenen desolaten Zustand der Partei überhaupt noch möglich ist, landespolitische Erfolge zu erzielen. In den meisten Landtagswahlen gab es seit der Bundestagswahl schließlich eher ne-



## BÜRGERSCHAFTSSITZUNG VOM 26.4.

Die Bürgerschaftssitzung am 26. April 2023 begann mit einer Begrüßung durch die Präsidentin der Bürgerschaft, Frau Regine Lück. Sie wies darauf hin, dass heute der Tag gegen den Lärm ist und scherzte, dass das Motto „Machs mal leise“ auch für die Sitzung gelten sollte. Es gab ein kurzes Gelächter, danach kehrte Ruhe im Saal ein. Es gab zwei Dringlichkeitsanträge, die auf die Tagesordnung aufgenommen wurden: einen zur Unterstützung der Vereinssporthalle der Rostocker Nasenbären und einen zur Unterstützung des Rostocker Frauen Handballclub.

Anschließend fand die Einwohnerfragestunde statt, in der sich das Jugendforum Rostock vorstellte. Das Jugendforum ist eine Initiative von jungen Menschen, die sich für eine jugendgerechte und vielfältige Stadt einsetzen. Sie haben eine Umfrage unter Rostocker Jugendlichen durchgeführt und daraus ein Heft mit Vorschlägen und Anregungen für eine bessere Stadt erstellt. Zu ihren Forderungen gehören unter anderem öffentliche Wasserspender, mehr Radwege, kostenlose Periodenprodukte, selbstverwaltete Orte und eine altersgerechte Vermittlung von Stadtgeschichte. Sie wünschen sich außerdem ein Kinder- und Jugendparlament, das mehr Mitsprache bei städtischen Entscheidungen hat.

Die Fraktionen reagierten positiv auf das Engagement der Jugendlichen und zeigten Interesse an ihren Ideen. Genosse Albrecht sagte, dass er die Forderungen mit großem Interesse gelesen hat und dass es zufällig einen Antrag gibt, der im Juni fertig sein wird und den Jugendlichen mehr Mitsprachemöglichkeiten geben soll. Er verwies auf einen ähnlichen Antrag aus dem Jahr 2009, der damals nicht umgesetzt wurde. Er lud das Jugendforum ein, ab Mai gemeinsam an dem Prozess teilzunehmen. Der Senator für Jugend und Soziales, Herr Bockhahn, lobte das Engagement der Jugendlichen und sagte, dass er sich über ein Lebenszeichen der Jugend freut. Er räumte ein, dass die niedrigschwellige Möglichkeiten, sich in die Stadtentwicklung einzubringen, nicht ausreichend bekannt sind. Er verwies auf den Stadtjugendring als eine Anlaufstelle für Jugendliche, die sich engagieren wollen. Er erwähnte auch den Kinder- und Jugendfonds, der gute und pragmatische Anträge von Jugendlichen fördert. Er versprach, dass die Stadt die Jugendlichen gerne mit den genannten Strukturen begleiten wird.

Als nächste Rednerin der Einwohnerfrage-

stunde sprach Doreen Wall, die Vereinsvorsitzende des KGV „Barnstorf“, die das Thema der geplanten Straßenbahnerweiterung und deren Auswirkungen auf Reutershagen ansprach. Sie fragte, mit welcher Einwohnerzahl die Stadt rechnen würde und wie oft die Rostocker die Straßenbahn nutzen würden. Sie äußerte ihre Unzufriedenheit mit den Zahlen und sagte, dass sie als Bewohnerin von Reutershagen den Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln durch den Neubau verringert sehe. Außer-



*Zum Girl's Day empfangen die Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger und die Präsidentin der Bürgerschaft Regine Lück zahlreiche Mädchen im Rathaus*

dem kritisierte sie, dass Grundschüler in Zukunft längere Wege zur Schule laufen müssten.

Als Antwort erklärte Senatorin Fischer-Gäde, dass die Erweiterung des Straßenbahnnetzes um eine 7 bis 12 Meter breite Trasse gut für die Stadt sei und dass die Erfahrungen aus der Nordwest- und Südstadt gezeigt hätten, dass die anfängliche Skepsis der Anwohner zu Zustimmung geworden sei. Sie räumte ein, dass es einen Verlust gebe, nämlich die Straßenbahnlinie vom Neuen Friedhof und die Linie 28. In den weiteren Wortbeiträgen der Fraktionen wurde auch bemängelt, dass die RSAG sich anfänglich geweigert habe, die Studie zu veröffentlichen, und dass die darin enthaltenen Zahlen nicht realistisch seien.

Dann griff Oberbürgermeisterin Kröger in die Diskussion ein und betonte ihre persönliche Verbundenheit mit den Kleingartenanlagen. Sie sagte, dass sie aus einer Kleingartenanlagefamilie komme und dass sie ein Foto vom Groten Pohl als Mahnmal für desaströse Stadtentwicklung in ihrem

Büro habe. Sie plädierte dafür, miteinander zu reden, zu verhandeln und dann eine Entscheidung zu treffen. Sie sagte auch, dass sie bereit sei, Geld in die Hand zu nehmen und eine neue Strecke zu bauen. Sie erläuterte, dass die Stadt von innen heraus wachse und dass viele neue Flächen gebraucht würden. Sie verwies auf den Flächennutzungsplan als Zukunftsplan für viele Jahre. Sie stellte klar, dass ein Drittel der Flächen im Stadtbesitz Kleingärten seien und dass dies unglücklich kommuniziert worden sei. Sie betonte auch, dass die Bürgerschaft immer das letzte Wort habe und dass von Ideenflächen zu Bauflächen nichts ohne Beschlüsse geschehe. Sie schloss sich dem Dialog an und will die Debatte fortsetzen.

Es gab viele Wortmeldungen von anderen Teilnehmern der Sitzung, aber Frau Lück wies darauf hin, dass es sich um eine Einwohnerfragestunde handele und nicht um eine Beschlussfrage. Die Sitzung fand am 26. April statt, das Thema ist in den letzten Tagen ausgiebig in den Medien und in Veranstaltungen besprochen worden. Es ist auf jeden Fall ein Prozess, der laut Aussage von Genosse Albrecht viele Jahre dauern wird, bevor überhaupt gebaut wird. (Anm. d. Red.: Die Beschlussvorlage wird nicht im Juni in die Bürgerschaft kommen, sondern wahrscheinlich erst im Herbst. Siehe auch Seite 8 dieser Ausgabe)

Der erste Antrag des Tages kam vom Ortsbeirat Warnemünde und Diedrichshagen. Dr. Wolfgang Nitzsche sprach und lobte die gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss und dem Projekt „Freund Straßenbaum“, das sich für den Schutz und die Pflege der Straßenbäume in Warnemünde und Diedrichshagen einsetzt. Er erläuterte den Vorschlag, Baumscheiben zu verwenden, die das Baumbett überdecken und das Wurzelwerk schützen. Die Baumscheiben können an die Dicke des Baumstammes angepasst werden und mit einem Gitter oder einem Bügel gesichert werden. Er betonte die Bedeutung der Bäume für das Stadtklima und die Lebensqualität und kritisierte den schlechten Umgang mit ihnen, der oft zu Schäden oder Absterben führt. Die Verwaltung begrüßte den Antrag und versprach, in den nächsten Jahren Mittel für die weitere Pflege der Bäume bereitzustellen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der nächste Antrag betraf das Projekt „Housing First“. Das Projekt verfolgt den Kerngedanken „Recht auf Wohnen“ und soll wohnungslosen Menschen den Wiedereinstieg in die Gesellschaft erleichtern,



indem sie eine Wohnung erhalten. Der Antrag fordert ein Konzept für die Umsetzung des Projekts in Rostock. Dazu müssen Partnerschaften mit der Wohnungswirtschaft und Privatvermietern gefunden werden.

Dr. Wolfgang Nitzsche sprach sich für das Projekt aus und sagte, es gelte zu prüfen, in welchem Umfang das Projekt mit sozialer Begleitung dazu beiträgt, die Zahl der obdachlosen Menschen zu senken. Er verwies auf schon laufende gute Projekte in der Stadt und lobte den Paradigmenwechsel von objektbezogener zu subjektbezogener Hilfe.

Sozialsenator Bockhahn erklärte, dass es kein einheitliches Housing First-Konzept gebe, sondern dass viel mehr dahinter stecke. Er sagte, dass die geltenden Gesetze Housing First untersagen würden. Das bedeute aber nicht, dass die Stadt das nicht machen wolle, sondern dass sie Projekte über soziale Träger abwickeln müsse. Diese könnten Wohnungen anmieten, was die Stadt selbst nicht könne. Er versprach, das Projekt zu prüfen. Er wies darauf hin, dass es in Rostock zwei Obdachlosenheime gebe (in Toitenwinkel und Reutershagen) und dass es bei einer Wohnungs-Leerstandsquote in Rostock von 0,9 Prozent kein einfaches Unterfangen sei, Wohnungen zu finden. Er betonte, dass es in Rostock sehr gute Angebote für Wohnungslose gebe und dass niemand obdachlos sein müsse. Er räumte aber auch ein, dass es Obdachlose gebe, die mit den niedrigschwelligen Angeboten der Stadt nicht zurechtkämen oder nicht zurechtkommen wollten. Er sagte, dass niemandem geholfen werden könne, der nicht geholfen werden wolle. Er äußerte aber seinen Willen, zu helfen und das Projekt auszuprobieren. Er lobte z.B. mehrfach den Charisma e.V., der großartige Arbeit für Frauen in der Stadt leiste. Der Antrag wurde von der Bürgerschaft angenommen.

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung zwei Dringlichkeitsanträge behandelt, die beide die finanzielle Unterstützung von Sportvereinen in Rostock betrafen.

Der erste Antrag betraf die Rostocker Nasenbären, einen Inline-Skaterhockey-Club, der eine eigene Übungs- und Wettkampfhalle bauen will. Der Verein ist bereits mit Eigenkapital in Vorleistung gegangen, braucht aber noch 200.000€ von der Stadt, um das Projekt zu verwirklichen. Die Nasenbären haben versprochen, bis zu 25% der Hallennutzungszeiten zu niedrigen Gebühren an die Hansestadt Rostock zu vergeben.

Der zweite Antrag betraf den Rostock HC, einen Frauenhandballverein, der in der Aufstiegsrunde zur 2. Bundesliga spielt. Der Verein hat eine finanzielle Unterdeckung von 150.000€ und bittet die Stadt um 100.000€. Der Verein hat bereits 50.000€

selbst aufgebracht. Die Bürgerschaft hat darauf hingewiesen, dass alle anderen Vereine der Stadt ebenfalls beachtet werden müssen und dass ein Sportentwicklungsplan erstellt und überarbeitet wird. Beide Anträge wurden von der Bürgerschaft angenommen.

Die Bürgerschaft hat beschlossen, die Kunsthalle Rostock zum 31.12.2023 in eine gemeinnützige GmbH (gGmbH) zu überführen. Die Stadt bleibt weiterhin Eigentümerin der Kunsthalle und der dazugehörigen Sammlungen und Rechte. Die jährlichen Kosten für die Stadt werden auf rund 2 Millionen Euro geschätzt. Oberbürgermeisterin Kröger lobte die Arbeit des Vereins Kunsthalle Rostock e.V., der die Kunsthalle zu einer etablierten Marke in der Stadt und im Umland gemacht hat.

Des Weiteren hat die Bürgerschaft die Vorschlagsliste zur Wahl der 147 Schöffen für die Amtsperiode 2024 bis 2028 abgestimmt und ist der Initiative für Lebenswerte Städte beigetreten. Diese Initiative ist ein Bündnis von mehr als 700 Kommunen in Deutschland, die sich für mehr Selbstbestimmung bei der Festlegung von Geschwindigkeitsbegrenzungen im Straßenverkehr einsetzen. Die Initiative wurde im Juli 2021 von den Städten Aachen, Augsburg, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster und Ulm gegründet und hat seitdem viele weitere Unterstützerinnen und Unterstützer gewonnen. Die Initiative möchte, dass die Kommunen selbst entscheiden können, wann und wo Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts angeordnet wird, um die Lebensqualität, die Sicherheit und den Umweltschutz zu verbessern. Die Initiative fordert den Bund auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen und die bestehenden Regelungen zu lockern. Die Initiative steht in Kontakt mit dem Bundesverkehrsministerium und hat ein Gesprächsangebot erhalten. Die Initiative informiert auf ihrer Website über ihre Ziele, ihre Mitglieder und ihre Aktivitäten. Der Beitritt wurde mit 25 Dafür- und 18 Dagegen-Stimmen angenommen.

Unsere Oberbürgermeisterin hat in ihrer Rede über die Arbeit der Verwaltung und die verschiedenen Projekte und Initiativen in der Stadt berichtet. Eva freut sich über die vielen tollen Veranstaltungen, die aus der Stadtinitiative herauswachsen und betonte, dass die Verwaltung sich mit vielen Anliegen beschäftigt und auch kreativ und vorwärtsdenkend ist. Sie erklärte, dass sie versuchen will, die Prozesse früher zu kommunizieren, um ein besseres Miteinander zu erreichen. Eva betonte die Bedeutung des Dialogs und der Verantwortung bei der Gestaltung der Stadtentwicklung und nannte als Beispiele die Diskussionen über die Straßenbahnerweiterung zwischen Zoo

und Reutershagen, das Tempo 30-Konzept oder die Zukunft der Universitätsmedizin Rostock.

Sie bedankte sich für den Bürgerschaftsbeschluss, der ihr einen klaren Auftrag gegeben hat, welche Projekte hier zu entwickeln sind. Dazu gehören das Rostocker Oval, ein neues Stadtquartier am Wasser, und andere Vorhaben, die die Lebensqualität und die Attraktivität der Stadt erhöhen sollen.

Eva betonte, dass sie sich intensiv mit dem Thema Energiewirtschaft beschäftigt und dass der Lenkungsreis Energie regelmäßig tagt. Sie ist überzeugt, dass Rostock als Energiehafen eine große Zukunft hat und dass die Region von den Potenzialen im Bereich Windenergie und Wasserstoff profitieren kann. Sie hat sich dafür ausgesprochen, dass die Kommune nicht den Anschluss an die landes-, bundes- und europapolitischen Entwicklungen verliert, sondern aktiv mitgestaltet und dafür sorgt, dass die Wertschöpfung und der Mehrwert in der Region bleiben.

Zum Schluss ihrer Rede sprach die Oberbürgermeisterin über die eigene Verwaltung und die Herausforderungen, die der demografische Wandel und der Fachkräftemangel mit sich brächten. Sie sagte, dass sie die Kolleginnen und Kollegen in ihrer Arbeit stärken und moderne Arbeitsformen und Umgebungen etablieren wolle. Sie erwähnte, dass sie verschiedene Papiere zur Modernisierung der Verwaltung analysiert habe und dass sie einen Prozess anstoßen wolle, um die Strategien und Maßnahmen zu implementieren.

Eva dankte allen Beteiligten für ihre gute Zusammenarbeit und bat um Verständnis für die Herausforderungen, die ihre neue Rolle als Oberbürgermeisterin mit sich bringt. Sie versprach, sich mit Engagement und Leidenschaft für das Wohl der Stadt und ihrer Einwohner\*innen einzusetzen.

*Martin Raspe*



Unsere Kreisvorsitzende Nurgül Senli spricht auf einer Demo gegen die Rüstungsmesse UdT. Auch DIE LINKE in der Bürgerschaft und Eva sahen die Messe kritisch, verhindert werden konnte sie aber nicht.

# EINE NEUE STRASSENBAHNLINE DURCH REUTERSHAGEN?

## PRESSEMITTEILUNG

Liebe Einwohnerin, lieber Einwohner, momentan diskutieren wir, ob in Reutershagen eine neue Straßenbahnstrecke geplant werden soll. Ein Gutachten liegt vor, es empfiehlt uns diesen Streckenausbau, weil Reutershagen ein großer Stadtteil ist der kaum an die Straßenbahn angebunden ist. Grundlage dieser Untersuchung sind Beschlüsse der Bürgerschaft, die den Nahverkehr ausbauen möchte. Der letzte größere Streckenausbau erfolgte in der Südstadt, vielleicht erinnern Sie sich noch daran.

Wie reden ganz konkret darüber, ob wir

## Wichtige Ziele stehen sich gegenüber

Wir kämen in die Situation, dass sich das erste Mal seit vielen Jahren zwei hohe gesellschaftliche Interessen gegenüberstehen: Der Ausbau des Nahverkehrs zur Stärkung der Mobilität und des Klimaschutzes auf der einen Seite und der Schutz der ökologisch und sozial wichtigen Kleingärten auf der anderen Seite. Unsere Aufgabe muss sein, offen miteinander zu diskutieren. Auch mein Herz schlägt für die Kleingärten, ich komme aus einer Familie die seit Jahrzehnten gärtner. Trotzdem muss ich meiner Verantwortung gerecht werden, alle Bedarfe einer Stadt im Blick zu haben. Wichtig dabei ist der Dialog.

## Angst ist keine gute Gesprächspartnerin

Sorgen macht mir, wie die Debatte geführt wird. Ich erlebe, das Ängste geschürt werden und mit Angst im Nacken kann man nur schlecht aufeinander eingehen. Es wird behauptet, der Straßenbahnausbau sei nur der erste Schritt, um in dem Gebiet weitere hunderte, gar mehr aus tausend Gärten zugunsten des Wohnungsbaus abzureißen. Ich möchte klarstellen, dass solche Pläne von mir nicht unterstützt werden und es in der Bürgerschaft keine Mehrheit dafür gibt. Doch wo kommen diese Behauptungen her?

Neben der konkreten Debatte zum Ausbau der Straßenbahn gesellt sich zeitgleich eine Diskussion, wie die Stadt zukünftig mit ihren Flächen umgeht. Der so genannte Flächennutzungsplan wird aktualisiert. Er soll die Frage beantworten - für viele Jahre - wo und wie neue Bau- und Freiflächen für unterschiedliche Bedarfe erforderlich werden. Die ersten Untersuchungen haben uns vor Augen geführt, dass ungefähr ein Drittel der Flächen, die die Stadt noch besitzt, aktuell Kleingartenanlagen sind. Und diese Erkenntnis schreckt natürlich auf und es entstehen Sorgen, ob in der Zukunft all diese Flächen bebaut werden, wenn man sie als „Potenzialflächen“ für andere Nutzungen ausweist.

Liebe Rostockerin, lieber Rostocker, unsere Planerinnen und Planer in der Stadtverwaltung haben die Aufgabe, neutral und unpolitisch auf Flächen zu schauen. Sie beschreiben Optionen, sie zeigen Möglichkeiten auf, das ihr Job. Doch am Ende entscheidet immer die Bürgerschaft! Der Grote Pohl hat uns alle gelehrt, dass wir besonnen mit unseren Flächen und Kleingärten

umgehen sollten.

Ängste, weitere tausend Gärten müssten weichen, kann ich Ihnen nehmen. Mit mir als Oberbürgermeisterin wird es solche Kahlschläge nicht geben.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und freue mich über eine ehrliche Diskussion über den Ausbau unseres Nahverkehrsnetzes.

*Ihre Oberbürgermeisterin  
Eva-Maria Kröger*

*Foto: Joachim Kloock*



Geld in die Hand nehmen, um einen neuen Streckenausbau der Straßenbahn planen zu lassen. In diesem Zusammenhang - sofern es eine Mehrheit dafür gibt, sich diese Strecke genauer anzuschauen und weiter den Weg des Ausbaus zu gehen - würden bei einem Bau der Straßenbahn Kleingärten wegfallen. Die RSAG schätzt, es wären zwischen 50 bis 150 Gärten. Genaueres wissen wir erst nach konkreten Planungen.

Denn wir erleben eine Situation, die wir an anderen Orten schon mehrfach erlebt haben: Neue Entwicklungsziele stehen bisherigen Standpunkten gegenüber. Der Ausbau der Radwege kollidiert häufig mit dem neu gewachsenen Bewusstsein, um jeden Baum am Straßenrand kämpfen zu wollen. Ein kleines Beispiel, das aber immer wieder zeigt: Der Platz in unserer Stadt wird eng. Sie wächst von innen heraus und viele Bedürfnisse drängeln sich auf gleich bleibenden Flächen.



## Tag der offenen Tür TRADI SANITZ

Wir können auch „Klassentreffen“ sagen, kein Problem...Sturm am Vortag und angesagter Regen an diesem Sonnabend, den 06. Mai. Vorsichtshalber dann am frühen Morgen noch einen Pavillon aufgebaut, einen Schirm zum Unterstellen aufgemacht, die Essenausgabe in der überdachten Sitzzecke vorbereitet. Wir hatten Glück – es nieselte und hörte dann auf, an anderen Orten hat es It. Aussage von Besuchern mächtig geregnet.

„Parteiarbeit“ auf einem Klassentreffen mit den Teilnehmern im Alter von 5 bis 92 Jahren? Ort war auch noch das TRADI SANITZ, einem Ort mit einer eher etwas militärisch verbundenen Tradition. Ja, es ging um die Ukraine und den Krieg mit Russland. Nicht wenige hatten in der UdSSR studiert, haben dort Freunde und nun diese nicht leichte Diskussion. Ich habe täglich mit Leuten aus der Ukraine zu tun. Kinder, die mit einem Schlag Oma, Opa auch Tanten und Onkel, viele Freunde verlassen mussten. Ein fremdes Land, eine andere Sprache. Ich

kann mich nur an die Reste der Trümmer des 2. Weltkrieges erinnern, habe zum Glück nie den Krieg erleben müssen. Aber diese Kinderaugen haben ihn gesehen. In welcher Partei bist Du? Die Mehrheit der umstehenden Personen lachte. Würdet ihr Barbara eine andere Partei oder einen Austritt aus DIE LINKE ablehnen? Wem oder was nützt ein Austritt? Dann sitze ich mit allen Problemen alleine da und sollte auch nicht meckern. So konnte ich meine klare Haltung zu vielen strittigen Fragen vorbringen.

Über 40 Personen waren gekommen, u.a. auch zwei Familien. Immer wieder neue Gesichter oder auch durch Bart und Jahre stark veränderte. Die Erbsensuppe reichte und kam gut an. Unsere Freunde aus Dänemark wünschten sich Kopien von unseren Postern Dislozierung und Waffensysteme der 43.FRB, andere fragten nach Büchern und viele wollten nur erzählen. Gegen 11.30 Uhr Abfahrt in die Landpension nach Wendfeld zum Vortrag, der diesmal von Michael Schmidt gehalten wurde. Michael Schmidt, Diplom-Journalist, ehe-

von 2004 bis 2012 vor Ort in Murmansk in der Saida-Bucht drehte. Hier befindet sich der weltgrößte atomare Schrottplatz für Atom-U-Boote. Einmalig! Ja, einmalig die Bilder vom Einsatz der Mitarbeiter des ehemaligen Kernkraftwerkes Nord Lubmin, auch einmalig, dass ein deutsches Fernseherteam drehen durfte und einmalig, dass russische Atom-U-Boote in dieser Anzahl der Verschrottung zugeführt wurden. Ein interessanter Vortrag – so die übereinstimmende Meinung der Teilnehmer in Wendfeld.



Fietsche Jahns und Günter Kazen unterstützten uns bei der Vorbereitung des Treffens, da Bernd ja noch mit seinem Oberschenkelhalsbruch laborierte. Die passende Bekleidung für das Küchenteam kam in guter Tradition aus Wittstock von Rainer Behrendt, der auch bei der Essenausgabe half. Vielen Dank für Eure Blumen und Überraschungen! Auch für Erinnerungen – Rudi Krolop trennte sich von seinem großen Schatz, den Fotoalben vom Armeesport-Verein, in denen der damals bekannte

Erch-Weinert-Straßenlauf über viele Jahre dokumentiert wurde. Neue und alte Geschichten wurden erzählt und immer wieder der Blick auf den Krieg in der Ukraine. Sind es doch die Männer, die in den Jahren des kalten Krieges in Europa die modernsten und schlagkräftigsten Waffen hatten und bedienen konnten. Noch heute meinen Dank, dass ihr den Einsatz der Raketen in unserer Heimat verhindert habt. Bis zum nächsten Klassentreffen im Mai 2024 alles Gute! Barbara Kirchhainer

als solche benannt und bekämpft, sondern verharmlost werden. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den einzelnen, vermeintlich ‚nicht zuzuordnenden‘ Straftaten würde die zumeist dahinterstehenden rechten Einstellungen offenlegen. Die extreme Rechte bekämpft unsere Gesellschaft auf vielen Ebenen, von denen die Behörden manche nicht erkennen oder ernstnehmen wollen. Wer das Problem nicht benennt, wird es nicht lösen können.“

### Rechte Gewalt benennen und nicht verstecken

„Die Zahlen zeigen, dass die Bedrohungslage von rechts unverändert hoch bleibt“, erklärt Martina Renner mit Blick auf die aktuellen Fallzahlen zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) 2022. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die PMK ‚sonstige Zuordnung‘ war in Wahrheit nie neuer Phänomenbereich. Bei einem Großteil der dort versteckten Straftaten handelt es sich um rechte Delikte. Dass die Fallzahlen hier weiterhin

hoch sind, zeigt entweder Unwillen oder Unfähigkeit der Behörden, rechte Taten zu benennen.

Der neuerliche Anstieg um zehn Prozent vermeintlich ‚sonstiger politischer‘ Straftaten nach einem Anstieg um 147 Prozent im Jahr 2021 manifestiert, dass rassistische, antisemitische und völkische Einstellungen zu Straftaten führen. Die Argumentationen, es handle sich nicht um ‚klassisch‘ rechtsextreme Straftaten, ist Augenwischerei.

Die behördliche Weigerungshaltung führt letztlich dazu, dass diese Einstellungen und die daraus verübten Straftaten nicht

als solche benannt und bekämpft, sondern verharmlost werden. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den einzelnen, vermeintlich ‚nicht zuzuordnenden‘ Straftaten würde die zumeist dahinterstehenden rechten Einstellungen offenlegen. Die extreme Rechte bekämpft unsere Gesellschaft auf vielen Ebenen, von denen die Behörden manche nicht erkennen oder ernstnehmen wollen. Wer das Problem nicht benennt, wird es nicht lösen können.“



## Gedenken zum 8. Mai im Landkreis Rostock

Tag der Befreiung 2023

Am 8. Mai jährte sich die Befreiung vom deutschen Faschismus zum 78. Mal. In vielen Orten und Städten, wie bspw. Güstrow, Bad Doberan, Schwaan und Lalendorf, wurde im Landkreis Rostock dem Kriegsende gedacht. Die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg muss lauten: Krieg darf nie wieder Mittel der Politik werden. Für eine friedliche Welt ohne Faschismus und Krieg!



Auch in Rostock kamen am 8. Mai viele Menschen auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof am Puschkinplatz zusammen und hörten die Ansprache der Oberbürgermeisterin Eva-Maria Kröger.

# BEFREIUNG! DEN 8. MAI ZUM EUROPÄISCHEN FEIERTAG MACHEN

Der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom Faschismus. Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht besiegelte das Ende der Nazi-Diktatur und bedeutete einen Sieg über Faschismus, Antisemitismus, Rassenwahn und den NS-Eroberungs- und Vernichtungskrieg.

Das Ende faschistischer Herrschaft und die Befreiung verliefen europaweit unterschiedlich: Während Deutschland von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition, von den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion und ihren Verbündeten, militärisch besiegt werden musste, gelang es antifaschistischen Kräften in anderen Staaten, sich selbst zu befreien oder großen Anteil an ihrer Befreiung zu haben. Während für die Mehrzahl der europäischen Staaten 1945 die faschistische Herrschaft ein Ende hatte, litten die Menschen in Spanien oder Portugal noch weitere Jahrzehnte unter faschistischer beziehungsweise rechten



Diktaturen.

Es gilt, die Erinnerung an die Millionen Toten im Krieg, die verschleppten, verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Behinderten, Homosexuellen und die NS-Gegnerinnen & -Gegnern aus Parteien, Gewerkschaften und Kirchen wach zu halten. Gerade wenn heute die extreme Rechte europaweit wieder erstarbt, wollen wir das antifaschistische Gedenken erneuern und bekräftigen. Der 8. Mai markiert den Sieg von Menschlichkeit, Frieden und Demokratie in Europa sowie einen Auftrag für die Gegenwart: wir widersetzen uns dem Rechtsruck in den Parlamenten, auf den Straßen, in den Betrieben und im Alltag.

Der 8. Mai ist für uns ein Tag der Mahnung, aber auch ein Tag der Freude. Frankreich, Tschechien und die Slowakei feiern den 8. Mai bereits als offiziellen Feiertag. In den Niederlanden ist der 5. Mai Bevrijdingsdag und Italien feiert am 25. April seine Be-

freiung vom Faschismus, den Anniversario della Liberazione. Und auch in Deutschland haben mehrere Bundesländer den Tag bereits zu einem gesetzlichen Gedenktag bzw. einem Feiertag gemacht.

Wir rufen alle Bundesländer auf, den 8. Mai zu einem Feiertag zu erheben. Mit Blick auf den 80. Jahrestag der Befreiung in zwei Jahren fordern wir das Europaparlament auf, den 8. Mai europaweit zu einem Gedenk- und Feiertag zu erklären und dies den jeweiligen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten aufzutragen. Hierzu werden wir eine europäische Initiative mit unseren linken Schwesterparteien starten, sodass wir 2025 europaweit gemeinsam gedenken und feiern können.

Martin Schirdewan, Parteivorsitzender  
Janine Wissler, Parteivorsitzende  
Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Deutschen Bundestag  
Amira Mohamed Ali, Fraktionsvorsitzende  
DIE LINKE im Deutschen Bundestag  
Tobias Bank, Bundesgeschäftsführer  
Jeannine Rösler, Fraktionsvorsitzende  
DIE LINKE Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
u.v.a.



# TERMINE

## WANN?

Do., 25.5.  
Mo., 12.6.  
Mi., 14.6.  
Mo., 10.7.  
Mi., 12.7.

## WO?

Peter-Weiss-Haus,  
Doberaner Str. 21  
Geschäftsstelle HRO  
Geschäftsstelle HRO  
Geschäftsstelle HRO  
Geschäftsstelle HRO

## WAS?

Buchlesung „Annas Kriegs-anleihe“  
(siehe unten)  
Kreisvorstandssitzung  
Stadtteilsprechersitzung  
Kreisvorstandssitzung  
Stadtteilsprechersitzung

## ROSALUX

## LESUNG

Michael Herms: Annas Kriegs-anleihe.  
Eine Spurensuche in Mecklenburg

### Lesung & Gespräch im Rahmen des „Politischen Donnerstags“ (PolDo)

Die Häuslertochter Anna Lendt aus Groß Laasch verlobt sich 1913 im mecklenburgischen Neustadt mit dem Baumeister Hermann Herms. Gleich ihm ziehen 100 Männer aus Annas Dorf in den Krieg, darunter vier ihrer Brüder, um deren Überleben Anna bangt. Nach dem Tod ihres Bruders Ludwig zeichnet sie eine Kriegs-anleihe und hofft auf ein baldiges und erfolgreiches Kriegsende und die Rückkehr ihrer Lieben. Die Alltag der ersten Kriegsjahre durchlebt Anna in Ludwigslust, dann kehrt sie ins Dorf zurück, wo sie Hermann 1917 heiratet, unterm Geläut jener Kirchenglocken, die bald zu Kriegszwecken eingeschmolzen werden. Hermann durchlebt den Krieg »von der Maas bis an die Memel« als Eisenbahnbaupionier im Osten und Westen. Nach 1.490 Tagen kehrt er unversehrt heim, nicht so drei von Annas Brüdern. Wie Millionen Deutsche hat Anna mit ihrer Anleihe nicht nur den Krieg, sondern auch die Kriegsschulden mitfinanziert und alles verloren. Was wiegt ihr materieller Verlust

gegen den drei gefallener Brüder? Diese reich illustrierte historische Erzählung basiert auf biografischen Daten und Unterlagen der Großeltern des Autors. Kenntnisreich erzählt Michael Herms, lange Jahre Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung M-V, Annas Lebensgeschichte im Zusammenhang mit den politischen und militärischen Ereignissen. und beschreibt für einen Zeitraum von zehn Jahren den Kriegs- und Nachkriegsalltag in der »Griese Gegend« im Südwesten Mecklenburgs. Michael Herms, 1955 in Wismar geboren, Studium der Geschichte in Rostock, 1999 Promotion zum Dr. phil. an der TU Berlin, in den 1990er Jahren Historiker am Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung Berlin, Verfasser von Büchern über deutsch-deutsche Zeitgeschichte, darunter zwei politische Biografien sowie die einer Insel: „Flaggenwechsel auf Helgoland“, Berlin 2002. 2003-2018 Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern.

**Eintritt frei**

VERANSTALTUNGSORT  
Peter-Weiss-Haus  
Kartenraum  
Doberaner Str. 21



## IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock  
Kröpeliner Straße 24  
18055 Rostock  
Telefon: 0381-4920010  
Telefax: 0381-4920014  
E-Mail: info@dielinke-rostock.de  
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Domstr. 5, 18273 Güstrow  
Telefon: 03843-687311  
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de  
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin  
Layout: Carsten Penzlin  
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:  
Landkreis Rostock:  
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07  
BIC: HYVEDEMM300  
Hypo-Vereinsbank  
Rostock:  
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84  
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock  
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe  
(Spende + Versandkosten)

## LYRIK

### Äußere Schicht im Blick (von Jürgen Riedel)

Spitzenpolitiker nur vom Titel her  
werten bedeutungsflache Ereignisse  
als historisch empor  
his-töricht findet dies  
vielschichtige Geschichte

### Wehrlose Sprache (von Jürgen Riedel)

verhüllte Ideologie verkleidet sich  
als durchsichtig gewandete Wahrheit  
manche Parteien tragen Tarnanzüge

### Merz-Spruch von kleinen Paschas (von Jürgen Riedel)

keineswegs ausgemerzt  
Alltagsrassismus in der CDU  
wenn Parteivorsitzender  
sich alltagsrassistisch äußert:  
mit Sicherheit  
bei Mitgliederschaft  
bräunliches Übel üblich  
meist getarnt

# ◀ AUS DEM BUNDESTAG

## Konsequente Antiinflationpolitik gegen Altersarmut

Die Zahl der Rentner, die in Deutschland auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind, ist stark angestiegen. Laut aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts bezogen im Dezember 2022 etwa 660.000 Rentner Grundsicherung - zwölf Prozent mehr als im Vorjahr. Von September bis Dezember 2022 stieg die Zahl der Grundsicherungsempfänger demnach um 11.000. „Neuer Rekord bei Altersarmut! Krieg und Inflation treiben die Zahlen nach oben.



Es sind nicht nur Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, sondern auch mehr Rentner rutschen hierzulande in die Altersarmut. Die Preisexplosionen bei Lebensmitteln und Energie sind ein Armutskatalysator“, mahnt Dietmar Bartsch: „Die Ampel muss endlich eine konsequente Antiinflationpolitik betreiben. Wir brauchen eine Erneuerung des Rentensystems. Das Rentenniveau muss angehoben werden. In diesem Jahr wäre eine einmalige Rentenerhöhung von zehn Prozent notwendig. Zudem brauchen wir einen Schutzschirm gegen Altersarmut. Wir fordern eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.200 Euro.“ Grundsicherung im Alter können alle Menschen beantragen, welche die Altersgrenze für die Rente überschritten haben und deren Einkommen nicht ausreicht, um die Lebenshaltungskosten zu decken. Sie ist ein Zweig der Sozialhilfe. Nicht dazu zählt die Grundsicherung für Arbeitsuchende, genannt Bürgergeld. Allerdings ist der Regelsatz mit 502 Euro pro Monat gleich hoch.

## Düstere Zukunft für die Pflege in Zeiten der Fortschrittskoalition

„Our nurses - our future‘ - das ist das diesjährige Motto des Tages der Pflegenden. Für die selbsternannte Fortschrittskoalition scheint die Pflege statt eines Zukunftsthemas aber weiter nur eine Kostenstelle zu sein“, sagt Ates Gürpınar, Sprecher für Krankenhaus- und Pflegepo-

litik der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf den Tag der Pflegenden am 12. Mai. Gürpınar weiter:

„Dabei ist Pflege eindeutig ein Zukunftsthema, denn der Anteil der Menschen, die schon aufgrund ihres Alters auf Pflege angewiesen sind, nimmt stetig und deutlich zu. Das bedeutet, dass es für die Menschen, die später Pflege brauchen werden, eine existenzielle Frage sein wird, wie wir heute mit den Pflegenden umgehen. Das gilt für die Langzeitpflege genauso wie für die Krankenhauspflege. Gehen wir mit ihnen weiter so schlecht um wie bisher, wird es viel zu wenige von ihnen geben, die dann pflegen können. Es sollte der Koalition ein deutlicher Warnruf sein, dass erstmals seit vielen Jahren die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in der Pflege gesunken ist.

Es ist völlig unverständlich, dass es der Bundesregierung noch nicht einmal gelingt, die Grundvoraussetzung für bessere Pflege zu schaffen, nämlich die Pflegeversicherung finanziell besser auszustatten. Ausgerechnet die Menschen mit sehr hohen Einkommen werden geschont, während Pflegekräfte die Pflege durch ihre Beiträge voll mitfinanzieren. Aber wer vor allem auf die Beiträge niedriger Löhne setzt, bekommt nur eine mittelmäßige Pflege. Wir brauchen mehr Geld, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Es ist ebenso unverständlich, dass die Koalition einen Konzentrationsprozess in den Krankenhäusern auslösen will, bei dem nur über Einsparungen statt über den notwendigen Bedarf der Zukunft geredet wird. Denn egal, ob in einem großen oder in zehn kleinen Krankenhäusern versorgt wird: Der Pflegebedarf ist derselbe. Für uns ist klar: Die heutigen Arbeitsbedingungen entscheiden darüber, ob morgen für alle, die Pflege brauchen, jemand da sein wird. Deshalb ist jeder Euro, den wir heute in die Pflege stecken, ein gut investierter Euro.“



**Gewinner:** DIE LINKE in Bremen.

**Verlierer:** Die Grünen. Nicht nur in Bremen.

## MONATSAHL

Fast 100.000 Menschen haben bis Mitte Mai eine Petition gegen ein weiteres LNG-Terminal vor Rügen unterzeichnet.

## MONATSZITAT

„Im Zuge des Krieges in der Ukraine hat sich die Tendenz beschleunigt, dass DIE LINKE von Führungspersönlichkeiten aus von einer Friedens- in eine Kriegspartei verwandelt werden soll.“ Sevım Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der LINKEN. Diese Aussage ist Beleg für die Tatsache, dass in unserer Partei jede/r ungestraft absoluten Schwachsinn erzählen darf.

## LYRIK

### Aufbruch

(von Janina Niemann-Rich)

Pfingstrosenrausch  
ich erblüh‘

### Schönstblumen

(von Janina Niemann-Rich)

Pfingstrosen  
sinnliche Fülle des Frühlings

### Frühlingswooge

(von Janina Niemann-Rich)

ein Meer in Meer  
Tiefenrausch  
Kirschblütenmund

### Suche

(von Janina Niemann-Rich)

Im Fensterglas Dein Spiegelbild  
und doch nicht Du

### Mondsteinsuche

(von Janina Niemann-Rich)

Der Frosch  
die Fröschin  
das Vakuum  
und ich